



Bluhm, Katharina, und Mihai Varga (Hrsg.) (2019):
New Conservatives in Russia and East Central Europe
Abingdon/New York: Routledge. 309 Seiten. £97,75

Eva Marlene Hausteiner

© Deutsche Vereinigung für Politikwissenschaft 2019

Der Begriff des Populismus dominiert anhaltend die demokratietheoretische Debatte. Wie alle Analysebegriffe ist er allerdings nicht ohne Schwächen: Einerseits drohen bisweilen ideologische Besonderheiten spezifischer Strömungen zu verschwimmen; andererseits lässt der eher parteizentrierte Begriff andere gesellschaftliche Akteure eher in den Hintergrund treten. Gegen diese Verengung erfassen *Katharina Bluhm* und *Mihail Varga* die politischen Verwerfungen des vergangenen Jahrzehnts durch die Linse eines erstarkenden Konservatismus – als mit dem Populismus koalierende „thick ideology“ (S. 13), die den grassierenden Illiberalismus auch jenseits der parteipolitischen Arena prägt.

Der Fokus des vorliegenden Bandes auf Polen, Ungarn und Russland ist dabei nicht allein regionalwissenschaftlich, sondern plausibel mit einem breiteren politikwissenschaftlichen Anspruch verbunden. Die betreffenden Staaten sind zu einem besonderen Laboratorium konservativer Ideen und Programme geworden: Dem Liberalismus kam in politischer wie ökonomischer Hinsicht in Mittel- und Osteuropa in den 1990er-Jahren eine nachgerade hegemoniale Rolle zu – ein besonders fruchtbarer Nährboden für das Erstarken des Konservatismus als Gegenideologie.

Konventionellen Erklärungen hierfür – etwa der einer schwachen Verwurzelung des Liberalismus – setzen die AutorInnen einen Fokus auf intellektuelle Netzwerke entgegen: auf jene Think Tanks, Publikationsorgane, Vereine und Institute, die regional erfolgversprechende Varianten des Konservatismus hervorbringen und strategisch lancieren. Im Mittelpunkt stehen dabei zwar, so argumentieren *Bluhm* und *Varga* in Anschluss an den Ideologietheoretiker Michael Freedon, die Kernkonzepte von Wandel, Ordnung und Tradition, doch auch diese bleiben umkämpft. Tendiert der Konservatismus also dazu, im diskursiven Handgemenge zu zerfasern? Wie die

E. M. Hausteiner (✉)
Bonn, Deutschland
E-Mail: evahausteiner@uni-bonn.de

einzelnen Beiträge eindrücklich herausarbeiten, ist das Kohärenzproblem zwar real – gleichzeitig aber ist es exakt diese Kohärenzherstellung, um die konservative Ideologen laufend bemüht sind.

Der Band verfolgt, in zwei Teilen, Genealogien dieser neuen Konservatismen und ihre Übersetzung in politische Programme auch über die Ländergrenzen hinaus. Den Auftakt machen zwei genealogische Fallstudien zu Russland: *Katharina Bluhm* zeichnet das Erstarken des russischen „conservative counter-movement“ als selbstbewusste antiliberaler Gegenideologie nach. Der Beitrag gibt dabei für die folgenden den Ton vor, indem er die Analyse ideologischer Konzepte mit einer Detailanalyse beteiligter Akteure, insbesondere der „political and moral activists“ (S. 25) jenseits der politischen Entscheidungselite, verbindet. Ideologiebildung, so tritt deutlich hervor, ist sowohl Theoriearbeit als auch politisches Organisationshandwerk, das zudem gewisse Moden durchläuft: von einer Phase konkurrierender konservativer Manifeste hin zur Etablierung von Think Tanks und zur Politisierung der Russischen Orthodoxen Kirche. Der liberalen Zivilgesellschaft tritt, insbesondere für Adepten eines teleologischen Demokratisierungsglaubens unerwartet, also eine konservativ-traditionalistische Zivilgesellschaft entgegen – ein Motiv, das auch in den Beiträgen zu Polen, insbesondere von *Ewa Dabrowska*, im Mittelpunkt steht. *Bluhm* zeigt die Deutungskämpfe auf, die jenseits von Kernauffassungen wie raumbegrenzter Identität und antikommunistischer Betonung souveräner Staatlichkeit und Globalisierungsfeindlichkeit entstanden sind: Die Nation ist entweder fixe Einheit oder Zivilisierungskraft, es dominieren entweder statischer Essentialismus oder Modernisierungsbestreben.

Eine weitere, zentrale Spannung nimmt *Paul Robinson* in den Blick, nämlich jene zwischen universalistischen und partikularistischen Elementen in der konservativen russischen Tradition seit dem 19. Jahrhundert, in der sowohl die kulturelle Unabhängigkeit vom Westen als auch die christlich-orthodoxe, universalistische Mission wiederkehrende Bezugspunkte sind. Wie ist also der gegenwärtige Konservatismus vor dieser ideengeschichtlichen Folie zu verstehen? Die Spannung besteht, so *Robinson*, fort: Synthetisierungsversuche heben entweder auf die partikular russische Verkörperung universeller Wahrheiten ab oder aber auf den universellen Wert partikularer Eigenständigkeit. Offen bleibt freilich die aktuell auch für andere Kontexte relevante Frage nach der strategischen Nutzung dieses Spannungsverhältnisses: Wann und von wem wird Partikularismus nämlich zur Anfechtung universalistischer, demokratischer Wertsetzungen evoziert?

Der dezidiert antiliberaler wie auch antikommunistische Gehalt ungarischer und polnischer Konservatismen steht im Mittelpunkt der Folgebeiträge, wobei die Motive von Partikularismus, Zivilgesellschaft und Kohärenzschaffung weiter den roten Faden bilden. In der Abhandlung *Aron Buzogánys* und *Mihai Vargas* etwa wird deutlich, wie der aktuelle ungarische Konservatismus als dezidiert antikommunistische und antiliberaler Gegenbewegung von „center-right intellectuals“ und Ideologieschmieden geformt wird und in der Idee eines „normative state“ (S. 71) mündet, der allein an nationalen Interessen orientiert ist. *Ewa Dabrowskas* Analyse der Diskurskoalition um die polnische PiS-Partei hebt in ähnlicher Weise auf den umfassenden Ideologieanspruch ab: Statt als ineffizient verstandener demokratischer Verfahren und Institutionen wird eine an nationalen Interessen und christlichen Werten orientierte

Ordnung verfochten. Aufschlussreich wäre gerade an dieser Stelle ein größeres Augenmerk auf die katholische Kirche – gerade im Vergleich zur Rolle der Orthodoxie in Russland.

Den wirtschaftspolitischen Kern des neuen polnischen Konservatismus fokussiert dagegen *Krzysztof Jasielski*: Die Rede von der „konservativen Modernisierung“ verspreche ökonomische Entwicklungsmöglichkeiten für Polen bei gleichzeitigem Souveränitätserhalt – und zwar indem „the central state administration becomes the major agent in coordinating economic interaction and development“ (S. 146). An dieser Stelle tritt auch eine mögliche ideologische Inkonsistenz zutage – nämlich zwischen rigider staatlicher Lenkung und emphatischem Antikommunismus.

Fließend ist der Übergang zum zweiten Teil – also den „Translations“ in konkrete Politikbereiche und andere nationale Kontexte –, zunächst mit Beiträgen zur Wirtschaftspolitik bzw. deren regionalem Transfer. *Irina Busygina* und *Mikhail Filippov* betonen die Begrenztheit des konservativen Einflusses auf die russische Wirtschaftspolitik: Entgegen konservativer Versuche „to launch economic and technological modernization without liberal democracy“ (S. 161) dominierten weiterhin liberale ökonomische Maximen. *Ewa Dabrowska*, *Aron Buzogány* und *Mihai Varga* nehmen dagegen nicht den wirtschaftspolitischen Transfer zwischen Entscheidungs- und Deutungseliten in den Blick, sondern die Transmission von Programmatiken zwischen Ungarn und Polen, und zeichnen dabei die Wissensnetzwerke des Ideentransfers anhand spezifischer publizistischer Organe nach: Ungarn tritt hier als Avantgarde einer heterodoxen Wirtschaftspolitik auf, deren Kurs von polnischen Akteuren bewusst und strategisch adaptiert wurde.

Neben der Wirtschaftspolitik stellt die Familien- und Geschlechterpolitik einen weiteren Analyseschwerpunkt dar: So skizziert *Angieszka Wiercholska* eindrucksvoll den Wandel von Frauenrechten und Familienbild in Polen, etwa hin zur Idee der aufopferungsvollen Matka Polka – einem traditionalistischen Frauenbild, das aktuell auch an die familienpolitischen Anreizsetzungen der Regierung Orban erinnert. *Sebastian Schiek* und *Azam Isabaev* gehen schließlich der diffizilen Frage nach, warum bestimmte Programmatiken im postsowjetischen Raum über Ländergrenzen hinweg nicht immer übernommen wurden, und zwar anhand des russischen Gesetzes gegen „homosexuelle Propaganda“. Auch hier treten strukturelle und akteurszentrierte Bedingungen des Diffusionsprozesses in den Blick. Wenngleich die Erklärung für die *policy*-Übernahme in Kasachstan Fragen offen lässt, werden hier vereinfachenden Erwartungen erneut überfällige Differenzierungen entgegengesetzt: An zentralen politikprogrammatischen Angelpunkten dominieren strukturelle Unterschiede zwischen den postsozialistischen Staaten.

Der Sammelband, dessen kooperative Autorenstruktur und programmatische Leitplanken ein bemerkenswert konsistentes und abgerundetes Tableau bieten, überzeugt durch einen für die Leserin überaus nützliche Rahmung: Zur gehaltvollen Einleitung tritt ein besonders produktives Schlusskapitel der HerausgeberInnen. Nicht nur werden darin die Beiträge übersichtlich evaluiert – Staatszentrierung, internationales Statusbewusstsein, heterodoxe Wirtschaftspolitik und gesellschaftspolitischer Traditionalismus treten erneut als zentrale Kernmaximen des neuen Konservatismus hervor –, sondern es werden auch entscheidende Einsichten reformuliert: Klar zeigt der Band, dass polnische und ungarische Konservative sich nicht nur ihrem

Selbstverständnis nach „im Westen“ verorten und entsprechende ideengeschichtliche Ressourcen – von Burke über Oakeshott bis Strauss – nutzen, sondern auch weniger empfänglich für russische Einflussnahme scheinen, als oft angenommen. Die Differenzierung zwischen konservativen und neurechten Kräften ist hier zentral. Auch vor vorschnellen Schlussfolgerungen, wonach konservative Strömungen sich sogleich in Regierungspolitik übersetzen, warnen *Bluhm* und *Varga* gerade anhand des russischen Beispiels. Dass sich die Deutungseliten der Region als Avantgarde des neuen Konservatismus verstehen, darf schließlich auch als Aufruf zur Perspektiverweiterung gelesen werden – also als Motivation für KonservatismusforscherInnen, sich nicht mehr nur mit der Heritage Foundation und Hoover Institution zu befassen, sondern durchaus auch mit der Századvég Group oder dem Izborski Club.